

NACHRICHTEN

EZB-SPITZE

EU-Parlament stimmt für Christine Lagarde



Das EU-Parlament hat sich mit großer Mehrheit für die bisherige IWF-Chefin Christine Lagarde an der Spitze der Europäischen Zentralbank (EZB) ausgesprochen. Lagarde erhielt 394 von 649 abgegebenen Stimmen bei einem geheimen Votum des Europaparlaments in Straßburg. 206 Abgeordnete sprachen sich gegen die Französin aus, 49 enthielten sich. Die EU-Staats- und Regierungschefs hatten im Juli die bisherige Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF) als Nachfolgerin von Mario Draghi an der Spitze der EZB nominiert. (dpa)

DATENSCHUTZ

Viele Firmen haben noch Nachholbedarf

Bei der Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung besteht nach mehr als einem Jahr laut einer Studie des Bitkom in deutschen Unternehmen noch erheblicher Nachholbedarf. Wie eine Studie des Digitalverbands ergab, hat erst ein Viertel die Umsetzung der Verordnung vollständig abgeschlossen. Immerhin zwei Drittel (67 Prozent) haben sie demnach zu großen Teilen umgesetzt. (dpa)

MÄRKTE

Fleischpreise

Preise für geschlachtetes Vieh im Marktgebiet Baden-Württemberg. Amtliche Preisfeststellung vom 09.09. bis 15.09. (Durchschnittspreise und Spannen frei Schlachtstätte in je kg Schlachtgewicht ohne MwSt):

Rinder: Jungbull U2 3,59, 3,56-3,63; U3 3,58, 3,53-3,59; R2 3,53, 3,47-3,83; R3 3,53, 3,49-3,77; O2 3,15, 3,01-3,29; O3 3,22, 3,21-3,23; Kühe U3 3,16, 3,12-3,18; R1 2,88, 2,85-2,93; R2 2,99, 2,94-3,05; R3 3,01, 2,94-3,06; R4 3,04, 2,77-3,31; O1 2,65, 2,40-2,70; O2 2,76, 2,68-2,81; O3 2,80, 2,73-2,87; O4 2,84, 2,74-2,93; P1 2,07, 1,98-2,18; P2 2,32, 2,20-2,37; P3 2,37, 2,18-2,46; Färsen U2 3,68, 3,49-3,96; U3 3,58, 3,53-3,84; R2 3,60, 3,41-3,91; R3 3,55, 3,47-3,92; R4 3,46, 3,26-3,54; O2 2,77, 2,50-3,50; O3 2,86, 2,69-2,96; O4 2,89, 2,63-2,95; Kälber R2 5,23, 3,99-5,40; O2 keine Meldung.

Schweine: E 1,90, 1,77-2,80; U 1,84, 1,56-3,11; M1 1,48, 1,30-1,53.

Schweine

Stuttgart: Preismeldung vom Landesbauernverband in Baden-Württemberg für QZ-Schlachtschweine vom 09. bis 14. September: 964 Stück zu 1,93 €/kg bei 58 Prozent Muskelfleischanteil.



Für Tausende Studienanfänger beginnt bald ein neuer Lebensabschnitt. Vor dem Semesterstart gibt es allerdings viele Dinge zu regeln, die die eigenen Finanzen betreffen. BILDER: DPA

So sparen Studenten Hunderte Euro

- Zahlreiche Unternehmen bieten spezielle Tarife an
- Tipps zu Versicherung, Bankkonto, Handy und Co.



VON SVENJA GRAF
svenja.graf@suedkurier.de

Stuttgart – Im Oktober startet an den Universitäten das neue Wintersemester. Für Studienanfänger bedeutet das: Ein neuer Lebensabschnitt beginnt. Viele junge Menschen sind zum ersten Mal auf sich allein gestellt und müssen ihre Angelegenheiten selbst regeln. Ein Überblick über die wichtigsten Fragen, mit denen sich die angehenden Akademiker auseinandersetzen müssen:

1 Was ist beim Thema Krankenversicherung zu beachten? Studenten, die an einer staatlichen Hochschule eingeschrieben sind, müssen grundsätzlich krankenversichert sein. Dabei gibt es allerdings verschiedene Möglichkeiten, wie Marlies Piper, Sozialberaterin des Bodensee-Studentenwerks Seezeit, erklärt: „Welche Art der Krankenversicherung die richtige ist, ist vor allem vom Alter, der Semesterzahl und dem Verdienst des Studenten abhängig.“ Bis zur Vollenendung des 25. Lebensjahres können Studenten beispielsweise in der gesetzlichen Krankenversicherung ihrer Eltern familienversichert sein, ohne zusätzliche Beiträge zu zahlen. Darüber hinaus werden sie in der studentischen Krankenversicherung versicherungspflichtig. Das ist jedoch nur bis zum Abschluss des 14.

Fachsemesters oder bis zur Vollenendung des 30. Lebensjahres möglich. „Wer länger an der Uni eingeschrieben ist, muss sich freiwillig bei der gesetzlichen Krankenkasse versichern“, sagt Marlies Piper. Der Beitrag orientiert sich dann am Einkommen. Wer privat krankenversichert ist und durch das Studium versicherungspflichtig wird, kann sich auf Antrag „befreien“ lassen und privat krankenversichert bleiben. Das sollten sich Studenten jedoch gründlich überlegen, rät Piper: „Wer sich einmal befreien lässt, kann für die gesamte Studienzzeit nicht mehr in die gesetzliche Krankenkasse wechseln.“

2 Welche weiteren Versicherungen sind sinnvoll? Neben der Krankenversicherung gibt es noch zwei weitere Policen, die jeder Student haben sollte, rät Peter Griebel, Versicherungsexperte der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg: „Sehr wichtig ist eine private Haftpflichtversicherung – sie kann einen Studenten vor dem finanziellen Ruin schützen, wenn Dritte durch ihn in irgendeiner Weise geschädigt werden.“ Außerdem rät er den angehenden Akademikern zu einer Berufsunfähigkeitsversicherung. „Gerade in jungen Jahren sollte man sich damit auseinandersetzen, denn die Beiträge sind dann deutlich niedriger“, so Griebel. So sei man für 400 bis 600 Euro im Jahr abgesichert, falls es durch Unfall oder Krankheit zur Berufsunfähigkeit kommt. Eine Hausratversicherung hält der Experte dagegen für zweitrangig. „In der Regel haben Studenten noch eine recht überschaubare Einrichtung“, sagt er, „deshalb ist die

Hausrat- bei weitem nicht so wichtig wie die Haftpflicht- oder die Berufsunfähigkeitsversicherung.“

3 Welches Girokonto ist das richtige? Obwohl Studenten in der Regel ein geringes Einkommen haben, sind sie für Banken eine attraktive Zielgruppe. Schließlich ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sie künftig zu den Gutverdienern gehören. Deshalb gibt es viele Geldinstitute, die Girokonten zu speziellen Konditionen für Studenten anbieten. Diese sind bei vielen Banken kostenlos – es fallen also keine Kontoführungsgebühren an. Trotzdem lohnt es sich laut Verbraucherzentrale, bei der Wahl der richtigen Bank genauer hinzuschauen, denn auch der Zinssatz des Dispokredits kann eine wichtige Rolle spielen. Wenn ein Student zu Beginn des Semesters beispielsweise Bücherkäufe oder Semestergebühren mit dem Dispokredit seines Girokontos finanzieren möchte, sollte der Zinssatz nicht zu hoch sein. Um sich einen Überblick über die vielen verschiedenen Angebote zu verschaffen, empfiehlt sich ein Girokonto-Vergleich im Internet.

4 Müssen Studenten den Rundfunkbeitrag zahlen? Studenten, die in eine eigene Wohnung oder in ein Studentenwohnheim ziehen, werden zu Beitragszahlern des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. „Davon kann man sich allerdings befreien lassen, wenn man Bafög-Empfänger ist“, erklärt Marlies Piper. Dazu müsse man einen entsprechenden Antrag beim Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio stellen. In Wohn-

gemeinschaften gilt: Ein Bewohner muss den vollen Beitrag zahlen, auch wenn einer oder mehrere andere WG-Mitglieder davon befreit sind. „Nur wenn alle Mitbewohner Bafög beziehen, ist die gesamte Wohnung beitragsfrei“, so Piper.

5 Wobei können Studenten sonst noch sparen? Auch die Wahl des Handyvertrags will gut überlegt sein – denn auch hier gibt es für Studenten jede Menge Einsparungspotenzial. Viele Mobilfunkunternehmen bieten Verträge zu speziellen Konditionen an. Neben einem Rabatt auf die Grundgebühr oder dem Verzicht auf die Anschlusskosten gibt es für Studenten bis zu einem gewissen Alter – je nach Anbieter zwischen 25 und 28 Jahren – Vorteile wie mehr Datenvolumen oder einen Premium-Zugang zu Musik- und Video-Streaming-Diensten. Für Studenten, die während des Studiums regelmäßig mit dem Zug fahren, um zum Beispiel die Familie zu besuchen, hat die Deutsche Bahn ein spezielles Angebot: Mit der My BahnCard 25 oder der My BahnCard 50 bekommen junge Menschen unter 27 Jahren 25 beziehungsweise 50 Prozent Rabatt auf die Super Spar-, Spar- und Flexpreise der Bahn. Darüber hinaus erhalten Studenten in kulturellen Einrichtungen wie der Philharmonie in Konstanz oder dem Villinger Theater am Ring spezielle Studentenrabatte.

Das lesen Sie zusätzlich online



Studieren ist teuer – so finanzieren sich angehende Akademiker ihre Unilaufbahn:
www.sk.de/10041042



Eine Krankenversicherung ist für jeden eingeschriebenen Studenten verpflichtend.



Viele Banken bieten Girokonten für Studenten zu speziellen Konditionen an.



Wer im Studium Bafög bezieht, kann sich vom Rundfunkbeitrag befreien lassen.



Auch zahlreiche Mobilfunkanbieter haben günstige Studententariife im Angebot.

DIE ÖKONOMISCHE FRAGE

Wie erreicht Deutschland seine Klimaziele?



Verbote von Ölheizungen sowie hohe Steuern für SUVs und Flugtickets sind leider nur Symbolpolitik. Vernünftiger wäre ein CO2-Zertifikatehandel.

VON FRIEDRICH BREYER

Am Freitag kommt das Klimakabinnett zusammen und wird beschließen, mit welchen Instrumenten der Klimaschutz in Deutschland intensiviert werden soll. Noch weiß man nicht, was genau beschlossen werden wird, aber schon sind einige wahrscheinliche Maßnahmen durchgesickert. Im Angebot sind Verbote und Steuererhöhungen für klimaschädliche sowie Subventionen für klimafreundliche Aktivitäten.

Dazu gehören das Verbot der Installation von Ölheizungen und der Neuzulassung von Pkws mit Verbrennungsmotor in wenigen Jahren, eine Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer für CO2-intensive Fahrzeuge, zum Beispiel SUVs, die Verteuerung von Flugtickets sowie höhere Kaufprämien für Elektroautos sowie ein forciertes Ausbauen der Windenergie. Das alles klingt ambitioniert und scheint der Devise zu folgen, dass Klimaschutz nur dann funktioniert, wenn er erstens wehtut und zweitens für den Steuerzahler teuer wird.

Leider sind das typische Beispiele für eine Symbolpolitik, die ambitioniert klingt, aber lediglich teuer ist und deren Wirkung auf die Zielgröße, den weltweiten CO2-Ausstoß, durchaus unsicher ist, wobei man noch die schäd-

lichen Nebenwirkungen großzügig übersieht. Dazu gehören die Umweltschäden beim Abbau von Kobalt und Lithium für Autobatterien ebenso wie die Rotmilane und Fledermäuse, die von Windrädern geschreddert werden. Manche Maßnahmen sind regelrecht lächerlich wie die Ausrichtung der Kfz-Steuer am (potentiellen!) CO2-Ausstoß, denn ein Wagen, der das ganze Jahr in der Garage steht, stößt überhaupt kein CO2 aus, ist aber genauso steuerpflichtig wie einer, der jeden Tag 100 km weit gefahren wird. Die Kraftfahrzeugsteuer sorgt für unnötigen bürokratischen Aufwand und gehört im Sinne der Umwelt schleunigst abgeschafft, weil es bessere Instrumente gibt.

Alle oben genannten Maßnahmen könnte man sich ersparen und dennoch

Deutschlands Klimaziele genau erreichen, wenn man sie durch ein einziges Instrument ersetzen würde: einen nationalen Zertifikatehandel für die Bereiche, die nicht im Europäischen Emissionshandelsystem ETS erfasst sind, vor allem Verkehr und Gebäudeheizung.

Effiziente Einsparungen

Die Menge der ausgegebenen Zertifikate könnte gemäß der Klimaziele Jahr für Jahr sinken. Natürlich wäre auch dieses System für den Verbraucher nicht kostenlos, denn die Zertifikatepflicht würde Heizöl, Benzin und andere Stoffe mit CO2-Ausstoß verteuern, aber der Preis für eine Tonne CO2 wäre überall der gleiche, und daher würden die Einsparungen dort erzielt, wo sie am teuersten

sind. Zusätzlich würde es massive Anreize zur Entwicklung neuer Technologien vermitteln und die Akzeptanz des Klimaschutzes erhöhen.

Natürlich wäre das ein radikaler Bruch mit den Prinzipien der bisherigen deutschen Klimapolitik, die zwar ambitioniert und teuer, gemessen an der Zielerreichung jedoch erfolglos ist. Gerade der viel beschworene Vorbildcharakter der deutschen Klimapolitik ist viel eher zu erhalten, wenn wir zeigen können, dass wir unsere Klimaziele erreichen können, ohne unseren Wohlstand aufzugeben.

Der Verfasser lehrt Wirtschaftspolitik an der Universität Konstanz und ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium